

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreise: Durch unsere Bahn  
und im Haus monatlich 30.00 Mark.  
Belegpreise nehmen die Ausleger  
und die Auswärtigen die Postgebühren  
inbegriffen. — Einzelne Exemplare  
5 Pfennig. — Anzeigen: 10 Pfennig.  
Telegraphische: 10 Pfennig.  
Kontingente: 10 Pfennig.

Belegpreise: Die Belegpreise  
bestehen für Anzeigen aus den  
Anzeigen 3.00 Mark, ansonsten  
Anzeigen 4.00 Mark, Resten-Politik  
10.00 Mark. Bei größeren Ab-  
nahmen entsprechender Rabatt.

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 153

Dienstag, den 4. Juli 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Die deutsche Regierung beabsichtigt angesichts des katastrophalen Marktsturztes das Garantie-Komitee zu ersuchen, bei den Alliierten finanzielle Hilfe für Deutschland zu erwirken, da sonst die nachsichtlichen Reparationszahlungen nicht mehr geleistet werden können.

Der Dollar stieg an der gestrigen Berliner Börse bis 434. Amtlich wurde er, wobei wohl die Reichsbank wieder intervenierte, mit 419,47 Gold, 420,53 Brief notiert.

Der französische Kriegsminister deментiert formell die Nachricht, daß bei den Zwischenfällen in Gleiwitz am 1. Juli ein französischer Offizier getötet worden sei.

Die vom Völkerverbund zur Herabsetzung der Rüstungen eingesetzte gemischte Kommission trat gestern nachmittag in Paris unter Vorsitz Rivianis zu ihrer dritten Tagung zusammen.

### Das Ziel und die Mittel.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die schweren politischen Erschütterungen der jüngsten Tage haben über den Kreis der republikanischen Parteien hinaus die Überzeugung vertieft, daß, wer Deutschland retten will, sich zur deutschen Republik bekennen muß. Der Schutz der Republik ist heute eine nationale Notwendigkeit schlechthin. Allein die Republik vermag uns vor Bürgerkrieg und Chaos zu retten, und die Stimmen der maßgebenden Auslandspresse im Anschluß an den Rathenau-Mord haben erneut keinen Zweifel darüber gelassen, daß nur die staatslich gestützte und nach jeder Seite hin gesicherte republikanische Staatsform eine Verminderung der Reparationslasten und eine Revision des Friedens zu erreichen imstande ist. Sobald der Eindruck entsteht, daß die Macht der deutschen Reaktion anschwilt, sinkt augenblicklich das Vertrauen zu Deutschland in der ganzen Welt. Es gibt darum jetzt nur ein Drinnen oder Draußen. Wer zwischen Tür und Angel steht und da glaubt, mit einem Doppelmesserschnitt zur Verfassung die innere Festigung zu erreichen, der ist gründlich im Irrtum.

Unter den republikanischen Parteien aller Richtungen besteht über die Notwendigkeit eines durchgreifenden Schutzes der Republik keine Meinungsverschiedenheit. Aber die Mittel, dieses große Ziel zu erreichen, scheinen noch umstritten zu sein. Die Sozialdemokratie glaubt diesen Schutz am wirksamsten zu erreichen durch einen bedingungslosen Anschluß nach links hin. Wir halten es für eine verhängnisvolle Täuschung, wenn man glaubt, die Republik mit den Kommunisten dauernd schützen zu können. Jedes Abgelenken von der demokratisch-republikanischen Linie gefährdet die Republik. Niemals wird sich in Deutschland eine Mehrheit für eine Staatsform finden, die Anlehnung an irgendwelches Reichstümchen suchen würde. Wir wissen, daß es in der Mehrheitssozialdemokratie niemanden gibt, der eine Räterepublik wünscht. Aber das kritische Fraternisieren mit den Kommunisten muß die Massen in der Hand der mehrheitssozialistischen Führer unsicher werden lassen. So klar eine verantwortungsbewusste Demokratie es verhandeln muß, daß die Politik von großen Interessenschichten der Produktion in Landwirtschaft und Industrie bestimmt wird, ebenso entschieden muß sie eine direkte Einwirkung oder gar Führung nach reinen Arbeitnehmerschaftspunkten ablehnen. Der Staat kann keine Interessenten, sondern nur gleichberechtigte Staatsbürger kennen. Die Politik muß sich am Gesamtwohl orientieren. Das Wohl aller muß ebenso wie das Recht aller oberstes Gesetz für den Volkstaat sein. Diese Generalthese verdient besonders in Notzeiten wie den gegenwärtigen scharf und klar herausgearbeitet zu werden. Gerade wenn jetzt scharfe Mittel angewendet werden müssen zum Schutze der Republik, müssen die Träger der Staatsidee alles vermeiden, was dem Staatswohl abträglich sein könnte. Daß die Gewerkschaften jetzt zum dritten Male, und diesmal gefordert von den anderen republikanischen Richtungen, zu Demonstrationen an einem Arbeitstage aufrufen, ist letzten Endes der Republik abträglich. Man muß auch bedenken, daß die gewerkschaftliche Erziehung so geringe politische Erfolge aufzuweisen hat, daß ausgerechnet in diesem schwierigen Zeitpunkt für die Republik die Wuchdrücker den Generalstreik verfrachten. Wichtigster als alle Demonstrationen und Streiks ist die Erzielung der Staatsgewalt durch feste und entschlossene republikanische Hände. Die Reaktion freut sich über jeden Mangel an Staatsdisziplin auf Seiten der Linken.

Dann aber dürfen die Vertreter der Republik auch nicht verkennen, welche schweren wirtschaftlichen Gefahren uns jetzt drohen. Der Sturz der deutschen

Währung durch den Rathenau-Mord kann nur aufgehalten werden, wenn alles geschieht, was zur Erhaltung der inneren Ruhe notwendig ist. Darum müssen die Republikaner allen Ausschreitungen, gleichviel von welcher Seite sie erfolgen, mit allen Nachmitteln des Staates entgegenzutreten. In Senftenberg hat es Lebensmittelmangel gegeben, die sicher keinerlei politische Beweggründe haben. Von polnischen Arbeitern wurden Lebensmittelmagazine geplündert, und auch sonst hat sich Janhagel an den Plünderungen beteiligt. Die anstehende Teuerung wird vielleicht auch sonst nach Erregung und Unruhen verurteilt. Nur wenn hier eine verschärfte Bekämpfung jedes Wuchers Hand in Hand mit scharfen Maßnahmen gegen alle Ausschreitungen geht, kann sich das Vertrauen in unsere Selbstbehauptung wieder festigen. Es wäre verhängnisvoll, wenn über die Mittel zu Deutschlands Rettung auch nur die kleinste Meinungsverschiedenheit unter den republikanischen Parteien ausbrechen sollte. Gerade hier ist es die große Erziehungsaufgabe der Deutschen Demokratischen Partei, die demokratische Linie unverrückbar festzuhalten. Sie wird ohne Rücksicht auf Kritik und unbedingte Angriffe ihre Politik festhalten. Die Reichsregierung kann nur die gleiche Politik betreiben, wenn sie ihre Aufgaben nach Innen und Außen erfolgreich lösen will. Auch ihre sozialistischen Mitglieder müssen darum die demokratische Politik ausdrücklich begrüßen. Das um so mehr, als die Deutsche Demokratische Partei klar bewiesen hat, wie ernst es ihr mit dem Schutze der Republik ist. Das Bürgertum in Stadt und Land sollte aber endlich besser als bisher erkennen, daß die allgemeinen vaterländischen und politischen Interessen Deutschlands allein bei einer positiven Demokratie zu finden sind. Je mehr die Demokratische Partei erstarbt, um so wirksamer vermag sie auch in der Regierung die allgemeinen Interessen wahrzunehmen. Abermals hat das Bürgertum sein politisches Reifeexamen zu bestehen. Möge es sich seine politische Erkenntnis nicht durch unliebsame Vorgänge auf der Linken kränken lassen. Die Demokratie wird schon darüber wachen, daß niemand, der die Gesetze achtet, zu Schaden kommt. Dieser Wille wird sich um so entschlossener durchsetzen, wenn das Bürgertum sich mit festen Füßen auf den Boden der Republik stellt und die positiven demokratischen Kräfte des Wiederaufbaues nicht durch ein unpolitisches Abseitsgehen schwächt.

### Eintritt der Unabhängigen in die Reichsregierung.

Als bald nach der Ermordung Rathenaus ist die Frage einer Erweiterung der Regierungskoalition nach links aufgetaucht und seitdem in politischen Kreisen lebhaft erörtert worden. Es liegt auf der Hand, daß die Teilnahme der Unabhängigen an der Regierungsgewalt den Schutz und den Bestand der Republik in erhöhtem Maße garantieren würde, denn diese Teilnahme würde ja gleichbedeutend sein mit dem Verzicht der Unabhängigen auf die Räterepublik. Gestalt angenommen hat die Frage in den letzten Tagen durch die mit Zustimmung des Reichskanzlers und der bürgerlichen Parteien von den Mehrheitssozialisten an die Unabhängigen gerichtete Frage, ob sie bereit seien, sich an der Regierung zu beteiligen. Am vergangenen Sonntag hat nun in Berlin die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialistischen Partei getagt und grundsätzlich ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Regierung beschlossen. Dabei sollen keine weiteren Bedingungen gestellt werden als der unbedingte Schutz der Republik. Man wird aber jedenfalls gut daran tun, die Formulierung dieser Bedingungen im einzelnen abzuwägen; denn schon der jetzige Kampf um das von der Regierung vorbereitete Gesetz zum Schutze der Republik zeigt, wie starke Meinungsverschiedenheiten darüber vorhanden sind, und wie leicht diese Meinungsverschiedenheiten zu Explosivstoff werden können. Aus diesem Grunde wird man auch dem Gerücht, daß die Zentrumspartei mit dem Eintritt der Unabhängigen in die Regierung einverstanden sei, mit Vorbehalt gegenüberstehen müssen. Immerhin möchte man glauben und hoffen, daß diese Meinungsverschiedenheiten nicht unüberwindlich seien, und daß auf diese Weise eine breite Front aller wahrhaft republikanisch und demokratisch gesinnten Parteien zustande käme. Freilich ist dabei auf das demokratische nicht weniger Rücksicht zu legen, als auf das republikanische. Was der Führer der Deutschen Demokratischen Partei schon vor mehr denn Jahresfrist erklärt hat, daß von Seiten der Demokraten auch dem Eintritt der Unabhängigen in die Regierung nichts im Wege stehe, sofern diese sich auf den Boden des jetzt bestehenden Staates stellen und wirklich demokratisch mitzuarbeiten gesonnen seien, gilt auch heute noch. Diese Erklärung wird abzuwarten sein.

### Die finanzielle Not der Gemeinden.

Im Hauptauschuß des Deutschen Städtetages wurden Vorschläge über das Zusammenarbeiten der Städte mit der Landwirtschaft zur Sicherung der Volksernährung beschlossen, in denen zum Schluß der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß die landwirtschaftlichen Organisationen mit allen Mitteln der Einwirkung auf ihre Mitglieder willkürliche, durch die Steigerung der Erzeugungskosten nicht gerechtfertigte Erhöhungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hinanzustellen.

Ferner wurde die lebhafteste Beforgnis des Hauptauschusses darüber ausgesprochen, daß die Reichsregierung den Entwurf des Landessteuergesetzes vor den Parlamentarierien wiederum nicht vorlegen wird. Die Städte könnten diese fortgesetzte Verzögerung in der Regelung ihrer Finanzverhältnisse nicht länger ertragen. Die Gemeinden ständen in Kürze und unabwendbar vor dem Zeitpunkt, wo sie infolge der Fälligkeit des Reichs nicht mehr in der Lage seien, ihre Gehalts- und Lohnzahlungen aufrecht zu erhalten. Den Gemeinden werde daher nichts anderes übrig bleiben, als die Ausführung bestimmter, ihnen ohne Vereinfachung der vollen Deckungsmittel übertragener Reichs- und Staatsausgaben einzustellen. Zu diesem Gesetz fordern die Städte vor allem, daß ihnen erhöhte Anteile an der erhöhten Umsatzsteuer, sowie die ganze Grund- und Erwerbsteuer eingeräumt werden. Daneben sei grundsätzlich an der Forderung der Wiederherstellung des gemeindlichen Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer festzuhalten. Ferner sei es erforderlich, daß die in der Würzburger Konferenz verhandelten Reichszuschüsse zu den Beamtenbefoldungen und den Arbeiterlöhnen beschleunigt vorweg gerechnet werden.

Von allen Seiten wurde einstimmig festgestellt, daß es die allerhöchste Zeit sei, Maßnahmen zur Vorbeugung einer Katastrophe zu treffen, ebenso wurde einstimmig ausgesprochen, daß das ganze Leben der deutschen Städte von dem Versailler Friedensvertrag herabwärt, und daß es Pflicht sei, der Entene die Folgen dieses Friedensvertrages auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung vorzuführen.

### Rathenau und die Schuldfrage.

Der Reichskanzler erwähnte in seiner Rede am 25. Juni daß die Ermordung Rathenaus eine große Entweidung auch in der Schuldfrage unterbrochen habe. Unvergessen ist noch die Rede Rathenaus anläßlich der Herausgabe der Altentwürfe des Auswärtigen Amtes am 13. Juni. Dort wies er auf die bunten Mächte des Hasses, der Verdächtigung, des Mißtrauens hin, welche die internationale Atmosphäre vergifteten und deren Wirkung Deutschland am stärksten zu spüren bekommen hat. Die Verdächtigung der deutschen Altentwürfe im Namen der Wahrheit und ihr Inhalt muß dazu dienen, die Dauer des Hasses und der Verleumdung, die jahrelange Propaganda um Deutschland gezogen hat, zu durchbrechen. Er wies ferner darauf hin, daß die wirtschaftlichen Kräfte nicht genügen zum Wiederaufbau, wenn nicht die nicht minder wichtige Aufgabe gelöst wird des geistigen Aufbaues. Wie weit wir in Deutschland selbst noch entfernt sind von einer geistigen Gesundung, hat leider die verirrte Tat bezeugt, der Rathenau zum Opfer fiel, die nur möglich ist in einem Volk, das auf das tiefste verwirrt und aus dem seelischen und sittlichen Gleichgewicht gebracht ist. Daß dem so ist, daran tragen nicht zum wenigsten die furchtbaren Bedrängnisse schuld, denen das deutsche Volk durch den Versailler Vertrag und die fortgesetzte demütigende und quälende Behandlung durch die Entente, namentlich Frankreichs, ausgesetzt ist. Seit Jahren hat das deutsche Volk seinem Augenblick des ruhigen Altens mehr gehabt, den furchtbaren Anspannungen der Kriegsjahre folgten die nicht minder schweren Jahre des Friedens, und noch ist nicht abzusehen, wann einmal erträglichere Zustände kommen werden. Eine solche Wahnsinnstat, wie die Ermordung Rathenaus kann sich nur wieder zum Unglück des ganzen deutschen Volkes auswirken; sie verstärkt die innere Verwirrung und die inneren Streitigkeiten in Zeiten, die Geschlossenheit verlangen. Doch wird und muß das deutsche Volk auch mit diesen Schwierigkeiten fertig werden und den inneren Haß der nicht übermächtig werden lassen.

Wie die Vossische Zeitung am 25. Juni berichtet, hat Rathenau noch am Abend vor seinem Tode ein Interzelle revidiert, daß in den amerikanischen Zeitungen des Hearst-Belages erscheint. Dort wird er auf die Wichtigkeit einer Demokratisierung der öffentlichen Meinung als Voraussetzung des geistigen Wiederaufbaues hin. Bisher habe diese Demokratisierung noch nicht eingesetzt, die deutsche Seite sei noch nicht zu Wort gekommen in dem Gerichtsverfahren, das bisher nur eine der beiden Parteien gehört habe. Die Vereinigten Staaten hätten durch ihr Eingreifen den Krieg entschieden, daher teilten sie auch die Verantwortlichkeit für die Folgen des Friedens. Die Welt biete heute den Anblick von Völkern, die sich gegen-